

20g

**Arbeiter!
Angestellter!
Dich geht es an...!**

Weder

Lohnpakt!

noch

Volksdemokratie!

Die immer wiederkehrenden Lohn-Preis-Pakte sind nichts anderes als großangelegte Raubzüge gegen die Massen. Um das zu erkennen, brauchen wir keine Kommunisten. Um das zu spüren, muß man nur ein armer Teufel sein. Während bei den besitzenden Schichten heute ein aufreizender Luxus herrscht, wie er in Oesterreich seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen worden ist, plündert man uns systematisch aus. Und nachher wollen uns die Regierungsparteien dann immer einreden, daß es uns dadurch nicht schlechter geht. Zum frechen Raub fügen die Herrschenden den Hohn hinzu.

In dieser traurigen Situation ist die Arbeiterschaft in zwei Lager gespalten. Die einen sind von dumpfer Hoffnungslosigkeit erfüllt und nehmen das wachsende Elend, die ständige Senkung ihrer Lebenshaltung als unabänderliche Tatsache hin. Bei den anderen überwiegt die Empörung, sie wollen irgend etwas unternehmen, ohne ihre Aktionen genügend vorzubereiten. Sie werden dadurch zum Werkzeug fremder Interessen.

GIBT ES WIRKLICH KEINEN ANDEREN WEG?

Darauf will diese kleine Schrift Antwort geben. Sie will den arbeitenden Menschen trotz all ihrer schweren Niederlagen wieder Mut und Zuversicht einflößen und ihnen zeigen,

daß es außer dem Figl-Schärf-Regime, das ihnen das letzte Stück Brot verkleinert, und außer der Volksdemokratie, die ihnen den letzten Rest der Freiheit raubt, auch noch eine wirkliche Lebensmöglichkeit gibt,
wenn sich die Arbeiter nur erst wieder auf ihre Kraft besinnen.

1. Die Ursachen der Lohn- und Preis-Pakte

Alle vier Lohn-Preis-Pakte haben eine Eigentümlichkeit: sie sind nicht durch Forderungen der Arbeiter ausgelöst worden, sondern auf Betreiben der Unternehmer, die immer wieder auf einer Neuaufteilung des Volkseinkommens bestehen. Die Arbeiter haben die ersten Nachkriegsjahre geduldig gehungert und voll Zuversicht an das Versprechen geglaubt, daß sich bei steigender Produktivität auch ihre Lebenshaltung entsprechend erhöhen werde. Es ist demagogisch in diesem Zusammenhang das Hungerjahr 1945 zur Grundlage zu nehmen. Dagegen haben es die Kapitalisten immer wieder verstanden, mit neuen Forderungen aufzutreten, sobald sich die Wirtschaft etwas erholt hatte. Der Löwenanteil, den sie ohnehin am Gesamteinkommen genießen, genügt ihnen nicht — der Appetit wächst mit dem Essen! Das war schon sehr deutlich beim dritten Lohn-Preis-Pakt zu sehen, bei dem der Bevölkerung so schwere Opfer zugemutet worden sind und die Unternehmer gleichzeitig ein Steuergeschenk von 20 Prozent bekommen haben. „Zur Instandsetzung ihres Maschinenparks“, wie es damals geheißen hat.

Hätte nicht so mancher Fabriksbesitzer diese Instandsetzung sehr gut aus seinen eigenen Profiten decken können?

Diese Frage ist nicht untersucht worden. Den Regierungsparteien schien es einfacher, die Zeche auf alle Fälle die Arbeiter und Angestellten bezahlen zu lassen. — Und doch war die Zumutung an die arbeitenden Menschen damals noch gering, im Vergleich zu dem Raubzug des vierten Lohn-Preis-Paktes.

Der letzte Pakt ist durch die Forderungen der Großagrarien ausgelöst worden. Nicht „der Bauern“ schlechweg, denn mehr als die Hälfte von ihnen sind arme Gebirgs- und Kleinbauern, die selbst Getreide kaufen müssen. Es handelt sich nur um die Großagrarien, die ihre Forderungen aufstellten — und die Regierungsparteien beeilten sich, diese Forderungen zu erfüllen. Und wieder sind es die Arbeiter und Angestellten, die dafür Opfer bringen müssen.

Selbstverständlich sind es auch wiederum wir, die für die zu streichenden Subventionen aufzukommen haben. War das unvermeidlich?

Gibt es in Oesterreich wirklich keine anderen Quellen als die mageren Geldbeutel der Arbeiter und Angestellten, um den Ausfall der Subventionen zu ersetzen?!

Hören wir einmal, was in der Gewerkschaftszeitung der Graphiker, dem „Vorwärts“, am 29. September d. J. auf Seite 1 zu lesen steht:

„Wenn man hört, daß für das Nähen einer Unterhose vom Unternehmer der Kunde S 9.— berechnet wird, während die Näherin in Heimarbeit dafür S 2.— erhält, so ist dieser Verdienstwucher um fast 400 Prozent wirklich ein unerhörter Raub auf die Taschen der Verbraucher, der mit nichts gerechtfertigt werden kann und den eine gewissenhafte Staatslenkung im Interesse ihrer Bevölkerung sofort abstellen müßte.

Wenn man weiß, daß der Zwischenhändler, der an der Produktion und der Verwendung des Eisens vom Erzeuger bis zum Verbraucher nur soviel Anteil hat, daß er ein Blatt Papier beschreibt (den Bestellschein), und für diese seine „wichtige mühevoll“ Arbeit 37 Prozent in die Tasche steckt und damit Bau, Erzeugung und Verwendung um mehr als ein Drittel im Interesse einiger Drohnen verteuert, so ist diese gewissenlose Belastung der Produktion, deren absolute Notwendigkeit keinem vernünftigen Menschen eingeredet werden kann, wahrlich eine wirtschaftliche Missetat.

Und wenn es jedem Besitzenden heute möglich ist, wie wir hören, die Bundesschuldverschreibungen, die man jedem armen Teufel angehängt hat, jederzeit um 37 Schilling von der Bank zu erlösen und damit seine Vermögensabgabe oder Wertzuwachssteuern mit 100 Schilling abzudecken, so grenzt das schon an eine Herausforderung der Arbeiterschaft, die ihre vollen Steuern zu begleichen hat, gegenüber denen, die ihre Verdienste selbstherrlich bestimmen können.

Was wird da in den verschiedenen Zeitungen für Druckerschwärze verwendet, wenn irgend einem Ausländer ein Schmuck gestohlen wird!

Wer kümmert sich aber um jene gemeinen Diebstähle, die solcherart an der schaffenden Bevölkerung begangen werden?

Keinesfalls kümmern sich die Kollegen des Artikelschreibers, Böhm und Maisel, darum. Denn diese „Arbeitervertreter“ haben angeblich keinen anderen Ausweg gesehen, als alle Opfer auf uns abzuwälzen.

Die Unersättlichkeit der Besitzenden in Stadt und Land, die einen immer größeren Anteil des Volksvermögens an sich zu reißen suchen, ist die unmittelbare Ursache der immer wiederkehrenden Lohn-Preis-Pakte.

Aber woher kommt es, daß sich die Arbeiter gegen diese Forderungen nicht besser zur Wehr setzen? Woher kommt es, daß sie in ihrem Kampf immer wieder unterliegen, daß sie nach kurzen Streiks und Demonstrationen stets erbittert, aber ohnmächtig wieder an ihre Arbeitsstätten zurückkehren?

SIE UNTERLIEGEN DESHALB, WEIL SIE KEINE RICHTIGE FÜHRUNG HABEN.

Sehen wir uns die heute bestehenden Arbeiterparteien einmal genauer an:

Die KPÖ kennt nur ein einziges Ziel: in Oesterreich die Volksdemokratie zu errichten. Zu diesem Zweck bekämpft sie zwar, so wie wir die bestehenden reaktionären Regierungsparteien, aber sie will

nur den kapitalistischen Terror durch volksdemokratischen Polizeiterror ersetzen.

Sie unterstützt zwar Streiks und andere Kampfaktionen der Arbeiter, doch sie will sie für ihre Zwecke ausnützen, ohne dabei Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter zu nehmen.

Aber die Arbeiter wollen nichts mit einer Partei zu tun haben, die Menschenraub und Zwangsarbeitslager verteidigt. Sie wollen kein Regime errichten, in dem sie für freie Meinungsäußerung verschleppt werden können.

Darum kann die KPÖ den Arbeitern keine Hilfe sein, sondern nur deren Kampf in Verruf bringen. Sie gibt den Kapitalisten und ihren Helfern im Gewerkschaftsbund den Vorwand, jede unserer berechtigten Forderungen als kommunistische Agitation hinzustellen. — Die KPÖ nützt den Arbeitern nicht, sie schadet ihnen nur.

Was die SPÖ betrifft, so nennt sie sich zwar immer noch Arbeiterpartei, ist es aber schon längst nicht mehr. Beim 4. Lohn-Preis-Pakt war ihr Verrat an den Arbeiterinteressen so groß, daß es den Kommunisten leicht gemacht wird, sie dafür anzuprangern. Und was antwortet die SPÖ darauf? Sie kann keine dieser Anklagen widerlegen, sondern nur auf die Unfreiheit in den Volksdemokratien hinweisen. Sie kann sich nicht reinwaschen, sondern nur den Schmutz der anderen aufdecken. Wir aber fragen:

Wenn die Arbeiter in anderen Ländern unfrei sind — ist das ein Grund für die Sozialistische Partei, Arbeiter zugunsten der Unternehmer ausplündern zu lassen? Wenn in den Volksdemokratien Polizeiterror herrscht — ist das eine Entschuldigung für undemokratische Geheimverhandlungen, deren Ergebnis den Arbeitern das letzte Stück Brot verkleinert? Wenn die KPÖ lügt — entschuldigt das die Lügen der SPÖ?

Weder KPÖ noch SPÖ sind geeignet, die Arbeiter zu führen und der Grund unserer Ohnmacht gegen die Anschläge der Bourgeoisie liegt darin, daß die ganze ungeheure Kraft, die in der österreichischen Arbeiterschaft steckt, von niemand eingesetzt wird.

UND DER GEWERKSCHAFTSBUND?

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist heute nicht mehr der Vertreter, sondern der Zertreter der Arbeiterinteressen. Was sich die Böhm und Maisels beim Abschluß des letzten Abkommens gedacht haben, wissen wir nicht und es interessiert uns auch nicht. Was haben wir, deren ganzes Leben aus Sorgen besteht, mit Menschen zu schaffen, die dank ihres hohen Einkommens (das aus Arbeitergeldern stammt!) ein völlig bürgerliches Leben führen?

Wer uns vertritt, muß uns verstehen können.

Wer uns verstehen will, muß unser Leben teilen.

Das ist aber bei diesen Gewerkschaftsfunktionären heute durchaus nicht der Fall. Der ÖGB ist ebenso entartet wie die SPÖ und KPÖ, sonst wäre es den Besitzenden nie gelungen, die Verwirklichung der niederträchtigen Lohn-Preis-Pakte durchzusetzen. Und von den Gewerkschaften wird die Arbeiterschaft ebenso im Stich gelassen.

2. Die Auswirkungen der Lohn-Preis-Pakte

Über die Auswirkungen der Lohn-Preis-Pakte auf unsere Lebenshaltung brauchen wir nicht viel Worte zu verlieren, das spüren wir ja alle am eigenen Leib. Trotzdem ist es ganz interessant, daß diese Auswirkungen von dem Präsidenten der Arbeiterkammer, Mantler, folgendermaßen dargestellt worden sind:

„Das hatte zur Folge, daß seit dem ersten Lohn-Preis-Abkommen der Lohnrückstand gegenüber den Preisen auf 17 Prozent angewachsen ist.“

Die „Arbeiter-Zeitung“ bringt diese Feststellung fettgedruckt auf der zweiten Seite ihrer Nummer vom 19. September d. J. Dabei bemüht sie sich gar nicht weiter, den Widerspruch zwischen dieser Erklärung und ihren oft wiederholten Beteuerungen, daß die Lohn-Preis-Pakte die Lebenshaltung der Arbeiter in keiner Weise verschlechtern, zu erklären. Sie wiederholt vielmehr das gleiche Spiel einige Tage später. Am 26. September bringt die „Arbeiter-Zeitung“ auf der ersten Seite die Erklärung des Präsidenten Böhm, daß die „Preiserhöhungen durch Lohnerhöhungen voll ausgeglichen“ sind. Wie reimt sich das aber mit der Feststellung des Bundeskanzlers Figl zusammen, der am gleichen Tag einen Aufruf erlassen hat, in dem er versicherte, daß „jeder ein kleines Opfer bringen müsse“? Offenbar fühlt sich Herr Böhm verpflichtet, die Heuchelei noch weiter zu treiben, als selbst die ÖVP.

In Wirklichkeit wissen wir alle, daß man von uns kein kleines, sondern ein gewaltig großes Opfer verlangt. Davon sind die Arbeiter so überzeugt, daß es in den verschiedensten Teilen Österreichs zu Kundgebungen und Streiks gekommen ist. Der Zynismus, mit dem man dieses Mal an die Ausplünderung der Bevölkerung geht, stachelt die Arbeiter zu heller Empörung auf.

Es ist eine sehr billige Ausrede, alle Streikaktionen, sogar die in den westlichen Bundesländern, als „Provokationen der Kommunisten“ zu bezeichnen. Als ob die Verzweiflung über eine neuerliche Verschlechterung der Lebenshaltung nicht auch ohne kommunistischen Einfluß groß genug wäre, die Arbeiter zum Widerstand zu treiben! Dabei scheut sich die „Arbeiter-Zeitung“ nicht, die Streikenden zu beschimpfen, weil sie sich gegen einen neuen Raubzug zur Wehr setzen.

Wie aber haben sich die Sozialisten zum Lieferstreik der Großagrarien gestellt, die mit der Hungerpeitsche drohten, um höhere Preise für ihr Getreide zu erpressen?!

Kein Böhm, keine SPÖ bezeichnete sie als „Feinde der Demokratie“. Diese „Arbeitervertreter“ klappten vielmehr gehorsam zusammen und beugten sich dieser Erpressung. Am 24. September d. J. bekennt die „Arbeiter-Zeitung“ zwar: „Diese Berufung auf die Weltmarktpreise ist deshalb unberechtigt, weil das österreichische Preisniveau als Ganzes noch lange nicht das der Weltmärkte erreicht hat —

auch die Löhne und Gehälter der österreichischen Arbeiter und Angestellten liegen noch sehr wesentlich darunter.“

Diese Erkenntnis hindert das Blatt aber nicht, wenige Zeilen später zu gestehen: „Trotzdem haben sich sowohl die Sozialistische Partei wie die Gewerkschaften einer angemessenen Erhöhung der Preise für Brotgetreide nicht widersetzt.“

Widersetzt haben sie sich dafür desto energischer unseren eigenen Forderungen!

Arbeiter! Angestellte! Können wir uns bei solchen Vertretern noch wundern, daß unser Kampf so erfolglos ist?!

Zusammenfassend können wir sagen: Die Hauptauswirkung der Lohn-Preis-Pakte ist — wie sogar der Präsident der Arbeiterkammer zugeben mußte — eine Verschlechterung unserer Lebenshaltung. Aber es gibt auch noch eine andere Auswirkung dieser Abkommen:

die endgültige Entlarvung der Gewerkschaftsfunktionäre als Anwälte der Unternehmer und Großagrarien.

Was ist zu tun?

Vor allem müssen wir uns über die gegenwärtige Lage vollkommen klar sein: einerseits versuchen die Unternehmer und ihre Helfer in SPÖ — und ÖGB — jeden Widerstand gegen die Ausplünderung zu brechen, andererseits will die KPÖ den Kampf der Massen ausnützen, um ihr ersehntes Ziel, die Errichtung der Volksdemokratie, durchzusetzen.

Was in dieser Lage zu tun ist, das haben die Arbeiter in den westlichen Bundesländern, vor allem in Linz und Steyr, schon teilweise erkannt.

Sie haben angefangen, ihre eigenen Forderungen aufzustellen und ihre selbständigen, unabhängigen Kampfaktionen zu organisieren.

Es fällt dem ÖGB und der SPÖ immer schwerer, den Arbeitern immer einzureden, daß etwa die Streikenden der westlichen Bundesländer der kommunistischen Propaganda und Agitation aufgefressen sei. In Wirklichkeit war das gerade Gegenteil der Fall: die streikenden Arbeiter haben sich dort niemals an den Beschluß der Kommunisten gehalten. Abgestoßen von der sogenannten „Knopfdruktaktik“ (Abbruch und Auslösung der Streiks auf Befehl von oben, ohne Rücksicht auf die Voraussetzungen), waren sie sich dessen bewußt, daß diese Methode zu keinem Erfolg führt, wie die Beispiele in Frankreich und Italien zeigen, sondern den Kampf der Arbeiter nur bloßstellt.

Man darf nicht mit der Aufforderung zum Generalstreik spielen, wie es die KPÖ es tut? Man gibt keine Losungen aus, zu deren Erfüllung man gar nicht die Kraft hat, zu denen die Voraussetzungen noch fehlen und die zu einer Niederlage führen müssen?

Die streikenden Arbeiter von Linz und Steyr haben zwar den grundsätzlich richtigen Weg erkannt, aber sie sind dieses Mal noch allein geblieben und mußten so schließlich nachgeben.

Es fehlte eben der österreichischen Arbeiterschaft die einheitliche, klare Führung.

Wenn auch die Streiks zusammengebrochen sind, so hat doch die Tatsache, daß sie auch nichtkommunistische Kreise erfaßt

haben, die Unternehmer und ihre Helfer sehr beunruhigt. Das beweisen die Methoden, zu denen die sogenannten Sozialisten Helmer und Waldbrunner Zuflucht genommen haben: Besetzung der verstaatlichten Betriebe durch eigens ausgesuchte Gendarmen! Waldbrunner läßt die Angestellten von Post und Eisenbahn einen Revers unterschreiben, in dem sie sich verpflichten, nicht zu streiken, widrigenfalls sie sofort fristlos entlassen werden! SPÖ und ÖGB organisieren Prügelgarden gegen andersdenkende Arbeiter unter der fadenscheinigen Devise „Schützt eure Betriebe und Heime!“ Sie stacheln die sozialistischen Betriebsräte auf, bei der Betriebsrätekonferenz vom 3. Oktober für wirtschaftliche Repressalien einzutreten und die Losung auszugeben: „Schmeißt die Kommunisten aus den Staats- und Gemeindebetrieben“. Was sind das für Sozialisten, die Arbeiter gegen Arbeiter hetzen?! Die gegen ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht, das Streikrecht, verstoßen und auf eine Weise vorgehen, daß es einem Metternich würdig wäre!

Die selben Menschen, die sich gegen den volksdemokratischen Terror wenden, die angeblich die Freiheit und die Demokratie lieben, greifen zu solchen Mitteln. Sie sagen uns:

Freiheit ist Brot und vergessen, daß auch Brot Freiheit ist.

Sie sind Anhänger der Demokratie, aber verhandeln hinter verschlossenen Türen, vollkommen geheim und ohne von uns ein Mandat zu haben, über die Höhe unseres Reallohnes. Sie machen uns rechtlos und wollen uns jede Möglichkeit nehmen, gegen die von ihnen beschlossenen Abkommen anzukämpfen.

Böhm hat nach dem letzten Lohnpakt selbstherrlich festgestellt: „An der Entscheidung kann nichts mehr geändert werden!“

Und wenn heute erklärt wird: „Es geht um mehr als Lohn und Preis, es geht um Freiheit und Demokratie“, dann sagen wir:

Ja, es geht um mehr, es geht um unsere Freiheit, unser Schicksal selbst zu bestimmen, es geht um das Streikrecht und die Demokratie — und nicht nur die Demokratie im Staat, sondern auch in unseren Organisationen!

Arbeiter! Angestellte! Wir sind nicht wehrlos! Wir haben die Möglichkeit, unser Schicksal selbst zu bestimmen,

wir müssen uns nur von unseren Arbeitsstätten aus,

wir müssen uns von unten nach oben hin richtig organisieren!

Wählen wir uns in den Betrieben und Büros nur diejenigen Kollegen als Vertrauensleute und Betriebsräte, die wir als unbestechlich, energisch und einwandfrei kennen. Lassen wir sie wissen, daß wir es sehr ernst mit unserem demokratischen Recht nehmen, unsere Vertrauensleute jederzeit abzusetzen, wenn sie unsere Interessen nicht vertreten. Schaffen wir uns Organisationen, in denen das Wort der einfachen Arbeiter mehr gilt als das eines Bürokraten. Lehnt kategorisch die gebundenen Parteilisten ab, stellt nur eigene Kandidaten auf!

Wenn wir uns auf diese Weise organisiert haben, dann stehen uns auch ganz andere Möglichkeiten offen, der Profitgier der Unternehmer Schranken zu setzen.

Es ist nicht wahr, was man uns immer einreden will, daß auch Funktionäre, die der Arbeiterschaft treu ergeben sind, keine anderen Ergebnisse erzielen könnten als die Spitzenfunktionäre des ÖGB.

Es gibt mehrere wirksame Maßnahmen, die unser Los verbessern würden: so etwa die periodische Festsetzung aller Preise und die automatische Bindung der Löhne an die Preise. Wer eine solche Maßnahme durchsetzt, ist auch imstande, die Unzahl der anderen erforderlichen Gesetze zu erzwingen.

Wir haben die Möglichkeit, eine Lebenshaltung zu erringen, die er seit 1945 gesteigerten Produktivität entspricht, so wie man es uns tausendmal zugesichert hat.

Wer verzweifelt, macht sich selbst zum Ausbeutungsobjekt! Der Weg zu einem größeren Anteil am Volkseinkommen steht dir offen, Arbeiter und Angestellter, wenn du nicht stets andere für dich denken und handeln läßt, sondern selber denkst und handelst und dich mit Gleichgesinnten verbindest!

Bedenke, daß zur Führung eines erfolgreichen Kampfes folgende Momente unter anderem wesentlich sind:

1. Wähle nur solche Vertrauensleute und Betriebsräte in deinem Betrieb, die deine Interessen auch wirklich vertreten!
2. Tue dasselbe in deinen Fachgewerkschaften!
3. In Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlungen bestimme selber deine Forderungen!
4. Die Vertrauensleute und Betriebsräte dürfen sich nicht der Fraktionsdisziplin irgendeiner Partei unterordnen; sie haben nur die Beschlüsse der Betriebsarbeiter und der Gewerkschaftsmitglieder zu vertreten!
5. Dein Vertrauensmann hat die Beschlüsse mutig vorzubringen und für sie unbedingt einzutreten!
6. Mache von deinem Recht Gebrauch, die von dir gewählten Betriebsräte und Funktionäre jederzeit abzusetzen, wenn sie sich nicht nach deinen gefaßten Beschlüssen richten oder sonst irgendwie versagen!
7. Schaffung eines klaren Gewerkschaftsprogramms unter aktiver Mitwirkung der gesamten Mitgliedschaft!

Arbeiter und Angestellter

Das wäre der erste Schritt, um unser Recht zu erkämpfen, ein Schritt zur Befreiung der Arbeiterklasse!

Für eine Gruppe unzufriedener Arbeiter:

LEOPOLDINE SWOBODA

WIEN VI, WEBGASSE 9/9